

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 12. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Neustadt (SBR Neu/012/2020)

am Montag, 7. September 2020,

17:30 Uhr

**im Stadtbezirksamt Neustadt, Bürgersaal,
Hoyerswerdaer Straße 3, 01099 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

André Barth

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Torsten Abel anwesend ab 17:34 Uhr

Marco Joneleit

Christine Mantu anwesend ab 17:36 Uhr

Oliver Mehl abwesend ab 21:09 Uhr

Klemens Schneider

Ulla Wacker

Jutta Wieding

Mitglied Liste CDU

Gunter Thiele

Mitglied Liste DIE LINKE

Annegret Gieland

Berit Heller

Marcel Ritschel anwesend ab 17:41 Uhr

Nicole Schumann

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Karin Wilke

Mitglied Liste SPD

Dr. Christian Demuth abwesend ab 21:00 Uhr

Felix Göhler

Mitglied Liste Die PARTEI

Charlotte Brock abwesend ab 21:10 Uhr

Mitglied Liste FDP

Holger Zastrow anwesend ab 18:16 Uhr

Mitglied Liste PIRATEN

Jan Kossick

Abwesend:

Mitglied Liste DIE LINKE

Holger J. C. Knaak entschuldigt

Verwaltung:

Frau Dietel
Herr Dr. Kühn
Herr Kubanek

Bürgermeisteramt, Abteilungsleiterin Bürgeranliegen
Jugendamt, Sachgebietsleiter Jugendhilfeplanung
Am für Hochbau und Immobilienwirtschaft, Sachgebiets-
leiter Mietvertragsverwaltung
Umweltamt, Abteilungsleiterin Stadtökologie
Umweltamt, Sachbearbeiter Kommunaler Lärmschutz
Eigenbetrieb Sportstätten Dresden, Sachbearbeiter Sport-
förderung

Frau Weber
Herr Rothe
Herr Jähring

Gäste:

Herr Bärsch
Frau Dr. Ehnert
Herr Zech
Frau Dieckmann
Frau Kleibs

VKT-Verkehrsplanung Köhler und Taubmann GmbH
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.
Wagenplatz Schotter & Gleise
Wagenplatz Schotter & Gleise
Projektkoordinatorin „Woche des guten Lebens“,
BUND e. V.
Projektkoordinatorin „Woche des guten Lebens“,
BUND e. V.

Frau Berndt

Herr Wirtz
Herr Schulze
Herr Pfund
Frau Paschke
Herr Scheef
Herr Schäfer
Herr Thieme
Frau Stratmeyer

Stadtrat, Fraktion DIE LINKE.
Stadtrat, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Inhaber Musikhaus Neustadt
Tranquillo Dresden
Vermieter, Innere Neustadt
Anwohner
Anwohner
Streetworkerin, Diakonie

Schriftführerin:

Oxana Benkendorf

Bürgermeisteramt, Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|------------|--|---------------------------------------|
| 1 | Bestätigung der Niederschrift zur 11. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 06.07.2020 | |
| 2 | Aktueller Arbeitsstand des Zukunftsstadtprojektes "Woche des guten Lebens" | |
| 3 | Vorlagen zur Beschlussfassung durch den Stadtbezirksbeirat | |
| 3.1 | Beschlussempfehlung über besondere regionale Ereignisse im Jahr 2020 gemäß § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG | V-Neu00043/20
beschließend |
| 4 | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 4.1 | Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden - Spezifischer Teil (Teil IV), hier: Planungsbericht Stadtraum 3 | V0383/20
beratend |
| 4.2 | Ausübung des Optionsrechts zur Mietvertragsverlängerung um weitere 3 Jahre bis 30. April 2024 im Verwaltungsstandort Hoyerswerdaer Straße 3 | V0344/20
beratend |
| 4.3 | Teilgebiets-Lärmaktionsplan Innere Neustadt (2020) | V0372/20
beratend |
| 4.4 | Evaluierung der Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Förderung des Sportes (Sportförderrichtlinie) | V0380/20
beratend |
| 4.5 | Sichere Radverkehrsverbindung Pieschen – Neustadt | A0039/20
beratend |
| 4.6 | Neues Wohnen auf städtischen Flächen fördern - Wagenplätze in Dresden ermöglichen | A0057/20
beratend |
| 4.7 | Novelle der StVO in Dresden schnell umsetzen, Verkehrssicherheit erhöhen, Radverkehr fördern, Verkehrsberuhigung in Wohngebieten ermöglichen | A0060/20
beratend |
| 5 | Informationen, Hinweise und Anfragen | |

öffentlich**Einleitung:**

Herr Barth begrüßt die Stadtbezirksbeirätinnen und –beiräte zur 12. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Neustadt. Von 19 Stadtbezirksbeiräten sind 14 anwesend. Damit wird die Beschlussfähigkeit festgestellt. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es keine. Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Schneider und Herr Göhler festgelegt.

1 Bestätigung der Niederschrift zur 11. Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 06.07.2020

Es gibt keine Einwände zur Niederschrift, sodass diese durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt zur Kenntnis genommen wird.

Herr Abel und Frau Mantu treten der Sitzung bei. Es sind nun 16 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Frau Gieland und **Frau Mantu** unterzeichnen die Niederschrift.

2 Aktueller Arbeitsstand des Zukunftsstadtprojektes "Woche des guten Lebens"

Frau Berndt stellt das Projekt kurz anhand einer Präsentation vor. Es handele sich um ein Verkehrsexperiment zur Erschließung von Verkehrsalternativen in der Neustadt, dem ein Partizipationskonzept zugrunde liege. Durch die Corona-Pandemie sei es zu einer Terminverschiebung gekommen.

Frau Kleibs ergänzt, dass sie in regelmäßigem Kontakt zu dem Straßen- und Tiefbauamt stünden.

Es werde ein Leitfaden mit Richtlinien zur Durchführung von Aktionen erstellt. Die Anwohner sollen entsprechend informiert werden. Es würden schätzungsweise etwa 350 Parkflächen wegfallen. Für zusätzliche Aktionen können es noch mehr werden. Der Plan sei, dass etwa 500 Parkflächen alternativ zur Verfügung stehen. Diese seien der Prämisse unterworfen, dass sie entweder über eine Kurzstreckenfahrt im öffentlichen Personennahverkehr oder einen maximal 15-minütigen Fußweg erreichbar wären. Auf die Betreiber der Flächen und Parkhäuser werde noch zugegangen. Für eine abendliche Besuchernutzung kämen Behördenparkplätze in Frage. Die nächsten Schritte seien die Erstellung eines Parkraumkonzeptes, eine Kooperationsvereinbarung zu erwirken und die Erstellung eines Ordnungskonzeptes in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt.

Frau Berndt fügt an, dass die Präsentation des aktuellen Planungsstandes durch regelmäßige Informationsabende, einen Online-Dialog und Planungsworkshops zur Umsetzung von Ideen stattfinden. Der nächste Planungsworkshop sei für den 22.09.2020 angesetzt. Die Anwohner sollen animiert werden, eigene Ideen einzubringen. Auch gebe es die Anbindung an eine Schule, um gemeinsam mit Schülern eine Straßenaktion zu gestalten. Die eigene Homepage, mehrere Social-Media-Kanäle, Werbung und die Pressemitteilungen im Amtsblatt bieten eine gute Erreichbarkeit.

Herr Ritschel tritt der Sitzung bei. Es sind nun 17 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Frau Dietel stellt die Woche des guten Lebens aus der Sicht der Verwaltung anhand einer weiteren Präsentation vor. Anliegen sei eine aktive Partizipation der Bürger und Bürgerinnen. Das sei durch die Einbindung in die Entscheidungen und engmaschige Information erreichbar. Der BUND e.V. sorgt in diesem Zusammenhang für eine Brücke zwischen Projektplanern und Bürgern. Auch werde dieser Verein einzelne Standorte betreuen, da die Stadtverwaltung allein das nicht abdecken könne. Es handele sich nicht um eine Veranstaltung und solle keine zweite Bunte Republik Neustadt werden.

Das Projekt werfe Differenzen zwischen Bürgeranliegen und der Bürgerbeteiligungssatzung auf. Zudem müsse man im Rahmen des Projektes auch Gleichbehandlungsgrundsätze und gesetzliche Grundlagen wie die Straßenverkehrsordnung beachten. Verkehrsexperimente können zwar durchgeführt werden, jedoch nur unter Bedingungen, die in anderem Kontext gleichberechtigt umsetzbar seien. Sondernutzungen sollen die Ausnahme bleiben und der Fokus auf der Verkehrsberuhigung liegen. Es habe zudem 2019 einen Stadtratsbeschluss zur Louisenstraße gegeben, mit der Aufgabe eine Entwurfsplanung zu erstellen. Die nächsten Schritte seien die Begehung, die Klärung der Rahmenbedingungen, die Akquirierung von Fördermitteln, um im Frühjahr 2021 eine konkrete Umsetzungsplanung und Realisierung anzustreben.

Frau Ehnert trägt mittels einer Präsentation die wissenschaftliche Perspektive zum Projekt bei. Das Projekt sei unter dem Gedanken des Klimawandels, der Artenvielfalt und der Nachhaltigkeit entworfen worden. Bei einer Bürgerbeteiligung habe sich herauskristallisiert, dass den Bürgern ein nachbarschaftliches Miteinander, Resilienz, Wirtschaftskreisläufe und alternative Energiequellen oder Mobilitätsformen wichtig seien.

Man benötige ganz bewusst Experimentierräume, um die Ergebnisse systematisch erfassen und auswerten zu können. Dresden sei eine von sieben deutschen Städten, die für diese Form von Experimenten eine Förderung bekomme. Wie müsse der öffentliche Raum gestaltet werden, was könne man aus dem Experiment lernen, wie könne man Bürger mit einbeziehen. Das Gesamtprojekt sei partizipativ angelegt. Was bedeute der Raum und die Nähe der Nachbarschaften für die Teilnahme der Bürger und Bürgerinnen. Die Technische Universität, Institut für Verkehrspsychologie habe zur Idee der Woche des guten Lebens, sowohl in Bezug auf die Neustadt als auch auf den eigenen Stadtteil eine Onlinebefragung durchgeführt. Zu einer Durchführung in der Neustadt gebe es eine positive Tendenz. Allerdings habe ein Drittel der Befragten auch angegeben, dass sie diese Woche als stressig empfinden würden.

Zum Schluss verweist sie auf das Projekt „Living Streets“ in Ghent. Dieses habe eine zweiwöchige Sperrung einiger Straßen zur Grundlage und wandere so durch die Stadt.

Der Stadtbezirksbeirat Neustadt bekundet sein Interesse an den gezeigten Präsentationen.

Frau Wilke hinterfragt, wie die Entscheidung auf die Äußere Neustadt gefallen sei, da es sich um ein stark von Gewerbetreibenden genutztes Gebiet handele. Ob die 38 am Umfrageergebnis beteiligten Gewerbetreibenden die einzigen gewesen seien und ob es mehr gegeben habe, die gefragt wurden.

Frau Berndt erklärt, dass es sich um ein Bürgerprojekt handele und die Umsetzung in mehreren Etappen stattfinde. Es werde die Idee verfolgt ein Viertel beziehungsweise ein Quartier zu gestalten. Die Neustadt habe den Ruf als buntes Viertel und heterogener Stadtteil. Tatsächlich haben sich lediglich 38 Gewerbetreibende an der Umfrage beteiligt. Im Laufe der nächsten Zeit

solle die Beteiligung noch steigen. Frau Ehnert ergänzt, dass sich im Rahmen des Partizipationskonzeptes gezielt an die Gewerbetreibenden gerichtet worden sei. **Frau Wilke** gibt zu bedenken, dass es Probleme geben werde, da durch die Corona-Pandemie für viele eine schwierige Zeit angebrochen sei und das Projekt für böses Blut sorgen könne.

Herr Thiele merkt an, dass die Planungen im Gebiet nach der rechtlichen Prüfung ein wenig zurückgenommen und Zielstellungen relativiert worden seien. Er bittet um die Präsentationen für eine bessere Argumentationsgrundlage. Das Jahr der Nichtumsetzung durch die Corona-Pandemie habe deutlich zur Verbesserung beigetragen.

Herr Dr. Demuth äußert, dass es sich um ein spannendes Projekt handele und es immer Kritik geben werde. Die neue Vorstellung sei wesentlich konkreter ausgearbeitet. Er fragt, ob den Kritikern die neuen Pläne auch vorgestellt worden seien und wie diese reagiert haben. **Frau Kleibs** antwortet, dass durch das Informationsvideo klargestellt worden sei, dass der Lieferverkehr uneingeschränkt einfahren könne. Bei den Infoveranstaltungen könne man die kritische Sichtweise gemeinsam bearbeiten. Die Hauptängste seien durch das neue Konzept jedoch abgebaut worden.

Herr Zastrow tritt der Sitzung bei. *Es sind nun 18 Stadtbezirksbeiräte anwesend.*

Frau Wieding erläutert, dass es anfangs viel Kritik durch die Unsicherheit der Gewerbetreibenden gegeben habe. Das Projekt biete eine Chance, ein erneutes Spotlight auf die Neustadt zu richten. Potentiell bringe es den Gewerbetreibenden auch mehr Laufkundschaft. Konkretes werde sich im Laufe des kommenden halben Jahres entfalten. Sie bedankt sich als Vorstandsmitglied des BUND e. V. für die konstruktive Kritik.

Frau Heller erklärt, sie stehe hinter dem Projekt, als Gewerbetreibende und Privatperson. Sie fragt, ob jede einzelne Anmeldung immer eine Betreuungsperson durch BUND e. V. habe. Auch gibt sie zu bedenken, dass es für die spielenden Kinder in Verbindung mit dem Lieferverkehr vielleicht etwas gefährlich sein könne, beispielsweise ein mobiles Fußballtor aufzustellen.

Frau Berndt antwortet, dass die Anmeldungen zwar koordiniert werden, die Beaufsichtigung der Kinder jedoch in der Verantwortung der Eltern liegen. Die Projektkoordinatoren können aber Ideen begleiten und entsprechend Tipps geben.

Herr Barth erteilt nach kurzer Anfrage bei den Stadtbezirksbeirätinnen und –beiräten Herrn Schäfer aus dem Publikum das Rederecht.

Herr Schäfer führt aus, dass er ein ausdrücklicher Kritiker des Projektes sei. Es sei von einer Umwidmung des betreffenden Gebietes in eine Fußgängerzone für eine Woche gesprochen worden. Auch seien Begriffe verwendet worden, wie Kinderzone. Er bittet um die Benennung des konkreten Begriffes. Auch wünscht er sich die Auskunft, wer die finale Entscheidung dazu treffe und ob es sich um eine politische oder eine Verwaltungsentscheidung handele. **Frau Dietel** erklärt, dass es sich um verschiedene Begrifflichkeiten handele, welche alle dasselbe bedeuten. Eine verkehrsberuhigte Zone sei eine Fußgängerzone. Die Entscheidung darüber liege bei Straßenverkehrsbehörde. Diese sei an alle rechtlichen Vorgaben geknüpft, die eine Veränderung im verkehrsrechtlichen Sinne mit sich bringe und müsse in diesem rechtlichen Rahmen genehmigbar sein.

Herr Barth bedankt sich für die Vorstellungen. Dem Stadtbezirksbeirat werde wieder Bericht erstattet, sobald sich neue Entwicklungen ergeben.

3 Vorlagen zur Beschlussfassung durch den Stadtbezirksbeirat

3.1 Beschlussempfehlung über besondere regionale Ereignisse im Jahr 2020 gemäß § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG **V-Neu00043/20 beschließend**

Herr Barth stellt die Vorlage kurz vor. Da viele Feste und somit einige Sonntagsöffnungen aufgrund von Corona weggefallen seien werde der 04.10.2020 anlässlich des Herbstfestes am Goldenen Reiter vorgeschlagen. Es gebe die Möglichkeit weitere Vorschläge einzureichen. Allerdings sei bis Jahresende nicht mehr so viel Zeit.

Herr Thiele fragt, ob es noch keinen konkreten Termin für das Neustädter Frühlingsfest gebe. **Herr Barth** erklärt, dass der Termin noch festgelegt werde. Die Vorlage hier beschäftige sich mit einem Termin für dieses Jahr, konkret dem 04.10.2020.

Es gibt keine weiteren Fragen, sodass **Herr Barth** zur Abstimmung über die Vorlage aufruft.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbezirksbeirat Neustadt empfiehlt in seiner öffentlichen Sitzung am 07.09.2020 dem Stadtrat die folgenden verkaufsoffenen Sonntage,

1. den 04.10.2020 anlässlich des Herbstfestes – Familienfest auf der Hauptstraße und am Goldenen Reiter

gemäß § 8 Abs. 2 SächsLadÖffG zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 9 Nein 2 Enthaltung 7

4 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

4.1 Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe in Dresden - Spezifischer Teil (Teil IV), hier: Planungsbericht Stadtraum 3 **V0383/20 beratend**

Herr Dr. Kühn stellt den Planungsbericht anhand einer Präsentation vor. Der Planungsrahmen der Kinder- und Jugendhilfe sei 2016 durch den Stadtrat beschlossen worden und bestehe aus vier Teilen. Der erste Teil beinhalte die Datenbasis und die gesetzlichen Grundlagen. Der Teil 2 beschäftige sich mit übergreifenden Themen, unter anderem die interkulturelle Öffnung oder die Sozialraumorientierung. Der dritte Teil zeige die Leistungsfelder und -arten der Jugendhilfe. Der vierte Teil bestehe aus spezifischen Planungsberichten. Im vorgestellten Fall gehe es um einen stadträumlichen Planungsbericht, welcher den Stadtbezirk Neustadt abgesehen vom Hechtviertel beinhalte. Schwerpunkte der Planungskonferenz und des fertigen Planungsberichts

tes seien Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, Gestaltung von Freiflächen und Freiräumen sowie der Austausch von Kindern und Jugendlichen mit dem Stadtbezirksbeirat. Er fragt, ob an dieser Stelle bereits etwas angelaufen sei.

Frau Wacker führt aus, dass eine konkrete Idee zu einem Tagesordnungspunkt entwickelt worden sei, der ein Zeitfenster für Bürger und natürlich auch Jugendliche und deren Anliegen zulässt. Der aktuelle Stand laute, dass es dazu eine Geschäftsordnungsänderung benötige. Sie schlägt vor, im Zuge der Planung zur Umgestaltung der Louisenstraße, dass der Planungsprozess von Seiten der Jugendhilfe begleitet werden könne. Sie fragt zudem, woran das Pilotprojekt zur Nutzung von Schulhöfen gescheitert sei. **Herr Dr. Kühn** antwortet, dass es sich in dem Fall um die 52. Grundschule handle. Es sei an Betriebserlaubnisfragen gescheitert. Es habe das Bestreben gegeben in Richtung Oberschulen und Gymnasien zu gehen und insbesondere das Augenmerk auf die Sportplätze zu lenken. Die Frage der Bewirtschaftung müsse noch geklärt werden. Letztendlich müsse der Schulleiter zustimmen. Eine ähnliche Frage beschäftige sich mit der Nutzung von Kinder- und Jugendhäusern außerhalb der Öffnungszeiten. **Herr Barth** ergänzt, dass die Verbindung von Stadtteil, Kinder- und Jugendarbeit und dem Stadtbezirksbeirat inhaltlich durch die Stadtteilrunden gegeben sei. Es haben in der Vergangenheit mehrere Umsetzungen verschiedener Anliegen stattgefunden. Auch gebe es die Möglichkeiten durch das Vorschlagsrecht oder über einen Dialog etwas zu bewegen.

Frau Wilke fragt, ob die nötigen Freiflächen zusammen mit Sport- oder ehrenamtlichen Vereinen organisiert werden können. Auch hinterfragt sie was mit Haltungsfragen in Bezug auf Integrationsprobleme gemeint sei? **Herr Dr. Kühn** erklärt, dass sich die Haltungsfragen damit beschäftigen, wie es gelingen könne, die jungen Menschen so anzunehmen, dass sich alle willkommen fühlen. Die Frage, wie sich die Fachkräfte aufstellen, dass niemand sich beiseitegedrängt fühlt, stehe im Vordergrund. Ehrenamtliche Arbeit sei in Bezug auf Sportplätze und Vereine eine gute Idee, jedoch seien Einzelfalllösungen nötig. Bisher sei es in Dresden noch nicht gelungen eine solche befriedigende Einzelfalllösung zu finden. **Frau Wilke** appelliert, dass Kinder- und Jugendliche auch wirkliche Freiräume brauchen.

Herr Dr. Demuth erkundigt sich, ob es im Stadtgebiet ein positives Beispiel an Fußball bzw. Basketballkäfigen gebe. Er habe das nicht im Blick, da diese Anlagen vermutlich ein Nischendasein haben. Dennoch stellen sie eine positive Möglichkeit dar. Oft gebe es nur solche Zwischennutzungen, dass irgendwo ein Basketballkorb hänge. Er fragt, ob es in Neustadt Planungen oder positive Beispiele gebe. **Herr Dr. Kühn** erklärt, dass es stadtweit mehrere Fußballplatzplätze innerhalb von Wohngebieten gebe. Die Errichtung und Bewirtschaftung laufe über das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft Spielplatzplanung oder die Sportentwicklungsplanung. Es werde regelmäßig dort nachgefragt, um weitere solcher Standorte zu entwickeln.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 3

4.2 Ausübung des Optionsrechts zur Mietvertragsverlängerung um weitere 3 Jahre bis 30. April 2024 im Verwaltungsstandort Hoyerswerdaer Straße 3

**V0344/20
beratend**

Herr Kubanek stellt die Vorlage kurz vor.

Herr Schneider fragt, ob es Überlegungen gegeben habe, einen anderen Standort zu wählen. **Herr Barth** antwortet, dass 2013 geprüft worden sei, ob die alte Feuerwache auf der Louisenstraße als ein solcher Standort geeignet sei. Die Kosten für die Einrichtung eines barrierefreien Zugangs und eines Ratssaales wären jedoch zu hoch gewesen. **Herr Kubanek** ergänzt, dass die konkrete Suche nach einer neuen Unterbringung für das Stadtbezirksamt nicht lohne. Die Immobilienlage in der Neustadt sei sehr angespannt, so dass ein Standortwechsel immer Kosten nach sich ziehe, ob nun durch den höheren Mietpreis oder die Notwendigkeit des Ausbaus.

Herr Joneleit merkt an, dass er den Standort Hoyerswerdaer Straße nicht sehr positiv finde und schlägt die Alte Post als Möglichkeit vor, da sie nicht genutzt werde, unter Denkmalschutz stehe und eine Kantinenfläche als Ratssaal biete. **Herr Barth** antwortet, dass es in der Vergangenheit auch die Überlegung gegeben habe, die Alte Post als Schulstandort umzubauen. Das habe bei den privaten Eigentümern keinen Anklang gefunden. Im Augenblick seien keine neuen Überlegungen zu dem Standort bekannt.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über die Vorlage auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

4.3 Teilgebiets-Lärmaktionsplan Innere Neustadt (2020)

**V0372/20
beratend**

Frau Weber leitet die Vorlage ein.

Herr Bärsch stellt die Vorlage anhand einer Präsentation vor.

Herr Barth fragt, wann das Linksabbiegeverbot an der Theresienstraße angeordnet werde. **Herr Bärsch** gibt wieder, dass das noch nicht endgültig entschieden aber mit dem Stadtplanungsamt abgestimmt sei. Die Anordnung müsse über die Straßenverkehrsbehörde erfolgen.

Frau Wacker kritisiert die Lautstärke an der Bautzner Straße und hinterfragt, warum nicht auch tagsüber eine Tempo 30 Zone umgesetzt werde. Auch erkundigt sie sich nach dem Linksabbiegeverbot an Theresienstraße und Hainstraße und ob dieses zu einer Belastung anderer Areale durch beispielsweise überhandnehmenden Schleichverkehr führen können. **Herr Bärsch** führt aus, dass es eine Verkehrsuntersuchung mit Hilfe eines Modells dazu gegeben habe. Jedoch habe man beschlossen, sich die Verkehrssituation genauer anzusehen, die konkreten Auswirkungen herauszufinden und gegebenenfalls entsprechend nachzusteuern. Die Bautzner Straße sei lange diskutiert worden. Ein Ablehnungsgrund durch die Dresdner Verkehrsbetriebe sei beispielsweise eine Fahrzeitverlängerung der Straßenbahnlinie durch die Geschwindigkeitsreduzierung. Aus diesem Grund wurde die Straßenbahn durch entsprechende Beschilderung von der

aktuellen Regelung ausgenommen. Es handele sich an der Stelle um eine bedeutende Straße, wo der fließende Verkehr funktionieren müsse.

Herr Thiele äußert sich zum Detailproblem des Linksabbiegens von der Hainstraße in Richtung Theresienstraße, welches erhebliche Auswirkungen auf den Zielverkehr in der westlichen Inneren Neustadt habe, insbesondere auf den Parkplatz Theresienstraße. Er hofft auf eine entsprechende Anpassung, geht jedoch davon aus, dass die Kollegen der Stadtverwaltung das mit beachten. **Herr Bärsch** erklärt, dass es an dieser Stelle bezüglich der Erreichbarkeit diverse Nutzungs- und Interessenkonflikte gebe. Derzeit sei vor Ort ein Kompromiss angedacht, der sich einerseits mit dem Schutz der Bevölkerung vor Lärmbelastung und andererseits mit der Vermeidung des unerwünschten Durchgansverkehrs beschäftige, dieser sei wesentlich höher als der Zielverkehr. Natürlich habe es Einschränkungen in der Erreichbarkeit zur Folge. Diese seien jedoch in Relation zu setzen.

Herr Schneider verweist neben der durch die Linksabbieger verursachten Lärmprobleme auf der Theresienstraße, besonders auf die Sicherheitsprobleme, die sich ebenfalls daraus ergeben. Er fragt nach der zeitlichen Umsetzung der Neubeschilderung an Theresienstraße sowie der verkürzten Tempo 30 Zone auf Albertstraße. Er plädiert ebenfalls dafür die Idee der Tempo 30 Zone auf der Bautzner Straße auch tagsüber aufrecht zu erhalten und spätestens mit der fertigen Sanierung der Stauffenbergallee umzusetzen. **Herr Bärsch** antwortet, dass keine zeitliche Prognose gegeben werden könne. Wenn es sich um Maßnahmen des Lärmaktionsplanes handele, müsse dieser zuerst beschlossen werden. Die gesamte Planung habe bereits 2011 begonnen.

Herr Schneider bringt einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

„Die Maßnahme M5 soll weiterhin Bestandteil des Lärmaktionsplanes bleiben und spätestens mit der Verlegung der B6 umgesetzt werden.“

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Ergänzungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 3 Enthaltung 0

Herr Barth ruft zur Abstimmung über die Vorlage mit Ergänzung auf.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft prüft die während der Anhörung der Öffentlichkeit nach § 47d (3) BImSchG zum Entwurf des Teilgebiets-Lärmaktionsplanes Innere Neustadt abgegebenen Stellungnahmen. Er beschließt über die Abwägung, wie es aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlich ist.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft beschließt den Teilgebiets-Lärmaktionsplan Innere Neustadt in der Fassung vom 18.03.2020.
3. **Die Maßnahme M5 soll weiterhin Bestandteil des Lärmaktionsplanes bleiben und spätestens mit der Verlegung der B6 umgesetzt werden.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 2

**4.4 Evaluierung der Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die V0380/20
Förderung des Sportes (Sportförderrichtlinie) beratend**

Herr Jähring stellt die Evaluierung der Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Förderung des Sportes (Sportförderrichtlinie) anhand einer Präsentation kurz vor. Der Vorlage liege ein Stadtratsbeschluss zugrunde, welcher die Grundlage für eine bessere Praktikabilität der Förderung von Vereinen bietet und eine entsprechende Anpassung der Sportförderrichtlinie nach sich ziehen sollte. Sowohl der Stadtsportbund als auch einzelne Vereine konnten in dem Zusammenhang selbst Vorschläge an die Verwaltung herantragen.

Es gibt keine Fragen, sodass **Herr Barth** zur Abstimmung über die Vorlage aufruft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

**4.5 Sichere Radverkehrsverbindung Pieschen – Neustadt A0039/20
beratend**

Herr Göhler stellt den Antrag kurz vor. Es gehe um die Sanierung der Liststraße, insbesondere des Haltestellenbereiches. Dort sei die Harkortstraße als bisherige Planungsgrenze festgelegt. Die östliche Seite der Harkortstraße sei in der Planung berücksichtigt, die westliche nicht. Das Anliegen sei, dort auch die Radwege ebenfalls zu sanieren, um die Achse Neustadt-Pieschen auch für den Radverkehr zu vereinfachen.

Herr Barth gibt die Sicht der Verwaltung wieder. Zur Sanierung solle die mittelfristig geplante Erneuerung der Eisenbahnbrücke abgewartet werden, um die Maßnahme in einer wirtschaftlichen Einheit umzusetzen. Zum Beschlusspunkt zwei werde darauf hingewiesen, dass es sich um eine Anordnung der Straßenverkehrsbehörde handele, welche aufgrund der jeweils aktuellen Gesetzeslage erfolgen werde. Zur Möglichkeit des Linksabbiegens im Beschlusspunkt 3 werde darauf hingewiesen, dass diese bereits geprüft wurde und im Planverfahren mit behandelt worden sei. Im Ergebnis sei vorgesehen, den Radfahrenden das Linksabbiegen von der Großenhainer Straße in die Liststraße zu ermöglichen.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Antrag auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 16 Nein 2 Enthaltung 0

4.6 Neues Wohnen auf städtischen Flächen fördern - Wagenplätze in Dresden ermöglichen**A0057/20
beratend**

Herr Schulze stellt den Antrag vor. Im Vergleich zu anderen Städten gebe Dresden es nur einen Wagenplatz. Der Antrag beschäftige sich damit, dass die Stadt Liegenschaften in eigenem Bestand prüft oder geeignete Liegenschaften erwirbt, um diese als Wagenplätze einzurichten. Das soll über die Festlegung einer fünfjährigen Nutzungszeit und eine entsprechende Ausschreibung erreicht werden. Es werde nicht auf Tiny Houses, sondern direkt auf Wagenplätze abgezielt.

Herr Barth gibt die Sicht der Verwaltung wieder. Laut dem Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften werde auf im Moment bestehende rechtliche Schwierigkeiten hingewiesen. Die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes sei umstritten, weil schlussendlich auch die rechtliche Genehmigungsfähigkeit der Wagen daran geknüpft sei. Die öffentlich-rechtlichen Anforderungen an ein Gebäude müsse sowohl an diese als auch an die entsprechenden Erschließungsflächen gestellt werden. Zu Punkt 2 des Antrags werde darauf verwiesen, dass bereits ab dem Jahr 2018 das Vorhandensein geeigneter Flächen mit einem negativen Ergebnis geprüft worden sei. Eine erneute Recherche nach geeigneten Flächen werde entsprechende Kosten nach sich ziehen.

Herr Thiele sieht den Antrag kritisch, da es um eine kleine Gruppe von Menschen gehe, die Interesse an solchen Wohnformen haben, deren Belange mit diesem Antrag auf die Stadt abgewälzt werden sollen. Die Stadt habe bereits eine Vielzahl freiwilliger zusätzlicher Aufgaben. Wenn ein enormes Interesse an der Schaffung weiterer Stellflächen bestehe, könne selbstständig eine private Fläche gesucht und genutzt werden.

Herr Zastrow erklärt, dass dem Wohnen auf einem Wagenplatz ein bestimmter Lebensentwurf zugrunde liege. Es sei tragisch, dass die Idee eines Wagenplatzes durch überzogene Vorschriften niedergemacht werde. Er würde empfehlen nicht immer auf die Stadtverwaltung zu hören und jede rechtliche Einschätzung als unumstößlich zu akzeptieren. Auf privaten Flächen sei es schwer einzurichten. Wenn die Stadt wenigstens den Versuch mache, gerne auch in Verbindung mit einer privaten Initiative, nach weiteren Möglichkeiten zu schauen, begrüße er das.

Frau Brock schließt sich Herrn Zastrow an. In dem Antrag gehe es darum baurechtliche Voraussetzungen zu prüfen und zu schaffen. Sie erklärt ihre Zustimmung zum Antrag als solches und stellt den Änderungsantrag den Beschlusspunkt eins nach „Errichtung von Wagenplätzen“ durch die folgenden Worte „und den Erhalt des bestehenden Wagenplatzes“ sowie nach „Wohnungsnutzung“ mit „und kultureller Nutzung“ zu ergänzen und im Beschlusspunkt zwei die drei städtischen Flächen auf fünf zu erhöhen.

Herr Schulze erklärt, dass es sich nicht um eine kleine Randgruppe an Nutzern handle, da die Anfragen und Bedürfnisse nach alternativen Wohnformen stets steigen. Die baurechtlichen Voraussetzungen müsse man auf Bundesebene diskutieren. Es bestehe zudem ein kommunales Planungsrecht. Er würde ebenfalls der Stellungnahme der Verwaltung misstrauen. Ursprünglich sei für den Beschlusspunkt zwei sogar über fünf städtische Flächen gesprochen worden. Jedoch habe man sich innerhalb der Fraktion auf drei geeinigt.

Frau Dieckmann und **Herr Zech** stellen sich kurz als Vertreter des Wagenplatzes „Schotter und Gleise“ vor. **Frau Dieckmann** erklärt, dass sie zwei von etwa 20 Personen seien, die auf dem

Wagenplatz leben. Diese seien Schneiderinnen, Handwerker und Musiker. Auch leben ein Arzt, ein selbstständiger Filmemacher und ein Ingenieur unter ihnen. Sie selbst sei Medizinstudentin. Sie erwähne die berufliche Unterteilung um der üblichen Stigmatisierung von Wagenplatzbewohnern entgegenzuwirken. Sie habe sich selbst ganz bewusst für dieses einfache, ressourcenschonende und naturverbundene Leben entschieden. Die Unsicherheit auf dem Wagenplatz sein jedoch sehr präsent, da die Bewohner nur geduldet seien und es jederzeit vorbei sein könnte. **Herr Zech** ergänzt, dass es nicht nur ums Wohnen ginge, sondern die Stellfläche auch einer der letzten Freiräume in der Neustadt sei. Auch stehen sie dort, um auch wenigstens diesen Platz zu erhalten, insbesondere in Verbindung mit der Kunstgilde Hanse 3, welches ein großes Atelierhaus mit vielen Künstlern und Kunstveranstaltungen sei. Auch biete „Schotter und Gleise“ selbst Kulturveranstaltungen, wie das monatliche öffentliche Kino, Konzerte, Diskussionsrunden oder politische Talks an und versuche sich so in der Neustadt einzubringen. **Frau Dieckmann** fügt an, dass es sich um einen Ort der gelebten Demokratie handle. In Deutschland erkenne man den Trend hin zu mehr alternativen Wohnformen. Mehrmals im Monat gebe es Anfragen wegen Stellplätzen, nicht nur aus Dresden, sondern aus dem gesamten Bundesgebiet, die abgelehnt werden müssen, da kein Platz vorhanden sei. Das Ziel sei, dass der Wagenplatz in den Bauplan aufgenommen werde. **Herr Zech** wirft ein, dass die beiden sich für diese Wohnform entschieden haben, als sie von einer Reise gekommen und direkt im Wohnwagen wohnen geblieben seien. Ungefähr 50 Prozent der Leute treffen diese Entscheidung aktiv. Die anderen seien Menschen, die finanzielle Schwierigkeiten haben, jedoch nicht von sozialen Geldern abhängig sein wollen und einen günstigen Wohnraum benötigen. Er bittet auch um Berücksichtigung dieser Lebenssituationen.

Herr Barth erklärt, dass an einem politischen Engagement kein Weg vorbeiführe, wenn man mehr erreichen wolle. Man könne die Recherche auf fünf Wagenplätze erweitern und es dennoch als Erfolg bezeichnen, wenn man wenigstens einen finde. Er verteidigt Herrn Thiele, da er die Sicht der Stadtverwaltung auf der Ebene der Investitionen beleuchtet habe und nicht das Thema Randgruppe als solches.

Herr Göhler gibt wieder, dass das Konzept jedoch als solches ein gutes sei und es sich aufgrund mangelnder Flächen tatsächlich um eine kleine Gruppe handle. An dieser Stelle sei man auf die Stadt angewiesen. Er sehe die Haltung der Verwaltung als schwierig an, da es in der gesamten Bundesrepublik immer mehr Wagenplätze gebe und alle dasselbe Baugesetzbuch verwenden. Nicht alle genutzten Flächen seien private. **Herr Barth** erwidert, dass die Funktion der Sichtweise immer eine erste Stellungnahme und keine endgültige Einschätzung sein solle, um diese ergänzend in die Diskussion mit einzubringen und vorab mögliche Schwierigkeiten und Probleme aufzuzeigen.

Frau Wilke führt aus, dass das Konzept des Wagenplatzes durchaus ihre Sympathie habe. Allerdings sei sich für den aktuellen Wagenplatz mit dem Besitzer des Grundstückes auseinandergesetzt worden. Sie hinterfragt, ob das nicht auch für die Zukunft ein Weg der Umsetzung bei anderen Flächen sein könne. Sie halte den Antrag für nicht notwendig und erklärt ihre Ablehnung. **Herr Zech** geht auf die Aussage ein. Es werde schon seit langem nach privaten Flächen und Ausweichmöglichkeiten gesucht. Sobald jedoch auf einer privaten Fläche fünf Bauwagen stehen, reagiere das Bauamt und dieselben Probleme, die auch aktuell Schwierigkeiten bereiten würden erneut entstehen. Wegen der bauplanerischen Ebene müsse man sich so oder so mit der Stadt auseinandersetzen.

Frau Gieland merkt an, dass heute bereits über eine Zukunftsstadt Dresden gesprochen worden sei und es ebenfalls eine Aufgabe einer sich in Richtung Zukunft orientierten Stadt sei, alternative Wohnformen zu erschließen und über mögliche Umsetzungen nachzudenken. Sie werde den Ergänzungsantrag unterstützen.

Herr Thiele fragt nach der Anschrift und der Meldeadresse und wenn er eine Postkarte schreiben wolle, wohin er diese senden müsse. **Herr Barth** erklärt, dass sich der Wagenplatz in diesem Zusammenhang in einer baurechtlichen Grauzone bewege. Und wenn man alles in eine rechtliche Form bringen könne, werde man auch in diesem Bereich die Legalisierung erreichen. **Frau Dieckmann** führt aus, dass das eine sehr häufige Frage sei. In Deutschland benötige jeder eine Meldeadresse. Die von ihr vorher bewohnte Wohnung sei nicht gekündigt worden und diene so mit einer Adresse und der Wasserversorgung. Ideal wäre es jedoch, wenn man über eine vollständige Etablierung des Wagenplatzes nicht die zusätzlichen Wohnungskosten hätte. **Herr Zech** ergänzt, dass die Eisenbahnstraße 1 eine funktionierende Postanschrift sei auch wenn diese keine Meldeadresse nach dem Meldegesetz bilde.

Herr Zastrow hakt nach, ob der Vermieter des Platzes Globus sei und wie sich der Umgang mit ihm gestalte. **Herr Zech** antwortet, dass der Umgang die letzten fünf Jahre recht entspannt gewesen sei. **Herr Zastrow** erklärt, dass er sich vorstellen könne, dass Globus mit dem Grundstück als Dauerlösung für den Wagenplatz einverstanden wäre. Auch die Stadt selbst könne Nutzungszwecke für Grundstücke festlegen.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Ergänzungsantrag von Frau Brock auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 2 Enthaltung 1

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Antrag mit Ergänzung auf.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. die baurechtlichen Voraussetzungen für eine dauerhafte Errichtung von Wagenplätzen **und den Erhalt des bestehenden Wagenplatzes** mit Wohnungsnutzung **und kultureller Nutzung** in Dresden zu schaffen. Hierbei sind insbesondere folgende Varianten zu prüfen:
 - a. Bebauungsplan für eine Sondernutzungsfläche auch als Zwischennutzung nach §9 Abs.2 BauGB,
 - b. Wohnbebauung im Innenbereich gemäß §13a BauGB,
 - c. vorhabenbezogener Bebauungsplan nach §12 BauGB sowie ein Durchführungsvertrag mit der Stadt nach §11 BauGB,
 - d. Ausweisung eines Sondernutzungsrechts (SNR) für Wagenplätze oder experimentelles Wohnen nach Wohneigentumsgesetz,
2. zunächst ~~drei~~ **fünf** städtische Flächen auszuweisen, auf denen Wagenplätze mit einer

Mindestlaufzeit von fünf Jahren im Stadtgebiet eingerichtet werden können. Diese Flächen werden öffentlich ausgeschrieben und mittels Konzeptvergabe an Vereine/ Träger vermietet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 16 Nein 2 Enthaltung 0

4.7 Novelle der StVO in Dresden schnell umsetzen, Verkehrssicherheit erhöhen, Radverkehr fördern, Verkehrsberuhigung in Wohngebieten ermöglichen **A0060/20 beratend**

Herr Wirtz stellt den Antrag vor. Es soll geprüft werden, wo die Sicherheit für Radfahrer mit entsprechenden Maßnahmen erhöht werden können, beispielsweise über die Einrichtung von Radfahrzonen, eines Überholverbotes für Radfahrer oder Verlängerungen der Parkverbotsflächen an Einmündungen.

Herr Barth gibt die Stellungnahme der Verwaltung wieder. Aus Sicht des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften sei das Inkrafttreten der Novelle die Voraussetzung für die Umsetzung entsprechender Maßnahmen.

Herr Göhler kritisiert den übermäßigen Aufwand zur Errichtung einer Fahrradzone, die am Ende jedoch den gleichen Regeln unterworfen sei wie eine Tempo 30 Zone. Und das Nebeneinanderfahren von Fahrrädern wäre durch die Novelle im Allgemeinen erlaubt, solange der Verkehr nicht behindert werde. Für das Zeichen des Radfahrerüberholverbotes gebe es keinen praktischen Anwendungsfall. Die Rechtsprechung gibt einen Mindestüberholabstand zum Radfahrer von 1,50 Metern vor. Wenn diese nicht eingehalten werden können, dürfe auch nicht überholt werden. Ein Verstoß dagegen biete noch keine Grundlage für die Anordnung eines neuen Verkehrszeichens. Er beantragt die punktweise Abstimmung.

Herr Thiele schließt sich Herrn Göhlers Ausführungen und dem Anliegen der punktweisen Abstimmung an. Ein neues Verkehrszeichen könnte lediglich dem Lebensgefühl in der Neustadt mehr Rechnung tragen. Es hänge davon ab, ob die Bevölkerung dieser Veränderung gegenüber positiv gestimmt sei. Er bittet um ein besonderes Augenmerk auf die Loschwitzer Brücke als direkten Unfallschwerpunkt, auch wenn diese nicht im Stadtbezirk Neustadt liege.

Frau Wilke erklärt ihre Ablehnung in allen Punkten. Sie wünsche sich nicht nur von Autofahrern gegenseitige Rücksichtnahme, sondern auch von Fahrradfahrern. Häufig könne sie aggressive Situationen beobachten. Häufige und ausgeweitete Regularien würden das Missverhältnis im Straßenverkehr nur verstärken.

Herr Schäfer meldet sich aus dem Publikum. Es gebe seit mehreren Jahren einen sogenannten Unfallatlas, welcher belege, dass die häufigsten Unfälle mit Personenschaden tatsächlich an Kreuzungen passieren. Am Anfang des Jahres habe er eine Petition an die Stadtverwaltung eingereicht, den Unfallatlas in den Themenstadtplan der Stadt Dresden mit aufzunehmen. Die Stadtverwaltung habe zurückgemeldet, dass dazu eine Rücksprache mit dem Staatsbetrieb für

Geobasisinformation und Vermessung Sachsen GeoSN halten. Er bittet den Stadtbezirksbeirat um Einreichung eines entsprechenden Ergänzungsantrages.

Herr Kossick widerspricht Herrn Göhler und Herrn Thiele, da es einen Unterschied gebe zwischen einer Tempo 30 Zone wo auch Fahrräder fahren dürfen und einer Fahrradzone, wo es Autos erlaubt sei diese mit zu nutzen. Das Anliegen des Überholverbotes sei lediglich ein Prüfungsauftrag. Das Integrieren der Unfallstatistik begrüße er.

Herr Zastrow sagt zu, dass er die Anregung, den Unfallatlas dem Themenstadtplan hinzuzufügen, mitnehme. Der Antrag selbst sei sehr kompliziert, weil die rechtliche Grundlage dafür noch fehle und ganz viele Dinge miteinander vermischt worden seien. Die entscheidende Frage sei, wie man in dieser Stadt Verkehrspolitik betreiben wolle. Er habe viel Sympathie für viele der Antragspunkte, da sie widerspiegeln, wie er selbst den Radverkehr in der Stadt gerne organisieren und durch Trennung von Radverkehr und Hauptverkehrsstraßen Konfliktpunkte abbauen würde.

Herr Wirtz erklärt, dass die Einrichtung einer Radfahrzone den Radverkehr privilegiere. Als Autofahrer freue er sich, wenn er auf der Landstraße durch die Ausschilderung eines Überholverbotes auf ein Sicherheitsdefizit hingewiesen werde. Mit dem Überholverbot für Radfahrer könne man dadurch mehr Sicherheit erreichen. Er weist darauf hin, dass die Bremer Neustadt beispielsweise eine solche Fahrradzone habe einrichten können.

Herr Barth ruft zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag zur punktweisen Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 2 Enthaltung 3

Herr Barth ruft zur Abstimmung über die einzelnen Beschlusspunkte des Antrages auf.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die am 14.02.2020 vom Bundesrat verabschiedeten Neuerungen der Straßenverkehrsordnung zügig von der Verwaltung auf Umsetzbarkeit prüfen zu lassen und in Dresden bei Eignung möglichst schnell anzuwenden sowie dem Stadtrat regelmäßig mindestens alle sechs Monate per Beschlusskontrolle über die Ergebnisse von Prüfungen und Umsetzungsschritten zu berichten:

1. Es ist zu prüfen, ob die Antonstadt zwischen Königsbrücker Straße und Prießnitz sowie zwischen Bischofsweg und Bautzner Straße (exklusive Bischofsweg, Königsbrücker Straße, Bautzner Straße, Rothenburger Straße und Görlitzer Straße) als Radfahrzone (Zeichen 244.3) deklariert werden kann mit der Zulassung von motorisiertem Individualverkehr per Zusatzschild. Falls der Umgriff aus zwingenden Gründen nicht entsprechend als Radfahrzone (mit Zulassung von MIV) ausgewiesen werden könnte, sind ersatzweise kleinere Gebietsumgriffe im genannten Straßennetz zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 3 Enthaltung 0

2. Auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Dresden sind weitere Gebiete zu untersuchen, ob sie bei Eignung als Radfahrzone mit oder ohne Zulassung von motorisiertem Individualverkehr angeordnet werden könnten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 14 Nein 2 Enthaltung 2

3. Außerdem ist zu prüfen, an welchen Engstellen durch Anordnung des neuen Verkehrszeichens (Zeichen 277.1) „Zweiradfahrer überholen verboten“ die Sicherheit des Radverkehrs erhöht werden kann. An erster Stelle ist dabei die Verwendung des Zeichens auf der Loschwitzer Brücke Fahrtrichtung Loschwitz zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 11 Nein 4 Enthaltung 3

4. Es ist zu prüfen und dem Stadtrat zu berichten, an welchen Kreuzungen zur Verringerung des Konfliktpotentials und zur Erhöhung der Sicherheit des Radverkehrs bei ausgeschilderten Radwegen der erhöhte Abstand des ruhenden Verkehrs von der Kreuzung angewendet werden kann oder angewendet werden muss. Dies betrifft die in der neuen StVO vorgesehene Erhöhung des parkfreien Abstandes vom Schnittpunkt der Kurve von fünf Metern auf acht Meter.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 17 Nein 1 Enthaltung 0

5. Es ist zu prüfen und zu berichten, an welchen Ampelkreuzungen der neue Grüne Pfeil für den Radverkehr umgesetzt werden kann und wann bei Eignung mit einer Einführung zu rechnen ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 16 Nein 1 Enthaltung 1

6. Auch die weiteren Neuregelungen zur Förderung alternativer Mobilität wie Vergünstigungen für Carsharing (Carsharingparkplätze) sind auf ihre Eignung hin zu prüfen. Darüber hinaus ist zu berichten, wann die Verwaltung schnellstmöglich umsetzen kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 2 Enthaltung 1

7. Bei allen oben genannten Maßnahmen ist die Öffentlichkeit zu beteiligten sowie über die neuen Regelungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 15 Nein 1 Enthaltung 2

5 Informationen, Hinweise und Anfragen

Herr Barth erklärt, dass im Vorfeld mit einem Anliegen aus dem Publikum herangetreten worden sei und erteilt das Wort.

Herr Pfundt stellt sich kurz vor. Es sei seit vielen Jahren Inhaber des Musikhaus Neustadt, welches sich an der Kreuzung Görlitzer Straße, Louisestraße befinde. Diese trage mittlerweile den unschönen Namen Assi-Eck. Die vielen Menschen, die dort zusammenfinden, sorgen bis in die späten Nachtstunden für Lärmbelästigung und hinterlassen große Mengen an Müll. Er lädt den Stadtbezirksbeirat Neustadt ein, sich kommenden Freitag gegen Mitternacht in die erste Etage des Ladenbereiches des Tranquillo zu begeben und sich das Treiben auf der Straßenkreuzung selbst anzusehen. Er bittet darum die Anwohner vor Ort und deren Anliegen ernster zu nehmen und die Fläche wieder zu beruhigen. Mittlerweile bezeichnet der Stadtführer selbst die Stelle als Assi-Eck.

Frau Paschke bestätigt die Einladung von Seiten des Tranquillo. Es bestehe dringend Handlungsbedarf. Der Zustand tue dem Viertel nicht gut, zudem auch öffentliche Verkehrsmittel nicht selten blockiert werden.

Herr Scheef als Besitzer einiger umliegender Häuser und Vermieter vor Ort erklärt, dass er viel Arbeit und Engagement in seine Wohnungen gesteckt habe. Leider stünden einige davon leer, weil niemand dort einziehen wolle. Die Anwohner würden unter der massiven Ruhestörung leiden, Frauen würden belästigt werden und die Sicherheit an Ort und Stelle leide massiv. Das angebotene Alkoholverbot stelle jedoch einen massiven Einschnitt dar.

Herr Thieme meldet sich als Anwohner und erklärt, dass es seit längerer Zeit nicht mehr möglich sei durchzuschlafen und auch die Kinderbetreuung erschwert werde. Das schlage sich auf die körperliche und seelische Gesundheit nieder. Auch habe er als Rückmeldung von der Polizei erhalten, dass es nicht möglich sei, die Gesetze so durchzusetzen, wie es an der Stelle nötig sei. Sowohl Polizei als auch Ordnungsamt hätten erklärt, dass nicht genug Personal vorhanden sei. Er bietet an, gern für ein Wochenende in seine Wohnung einzuziehen und diese Erfahrung selbst zu machen.

Herr Barth antwortet, dass die Lage tatsächlich zunehmend eskaliert und die Toleranzkurve immer strapazierter sei. Die aggressive Stimmung mit vermehrtem Alkoholkonsum sorge immer wieder für Eskalationen. Das münde in einen Zustand, der wirklich krankmache. Das Stadtbezirksamt habe lange dafür gekämpft, dass die Präsenz von Ordnungsamt und Polizei entsprechend erhöht werde. Jedoch sei das kein Dauerzustand, da weder Ordnungsamt noch Polizei die entsprechende Ausstattung für eine kontinuierliche Durchführung hätten. Er werde diesen Sachverhalt im Rahmen einer Berichterstattung auf die Tagesordnung im Oktober setzen. Auch werde der Stadtbezirksbeirat in diesem Zusammenhang Entscheidungen zu treffen haben. Er wolle keine Werbung für ein Alkoholverbot machen, sondern dafür wirksame Instrumente finden, um der Lage wieder Herr zu werden. Im Geschäftsbereich Sicherheit und Ordnung werde an einer entsprechenden Verordnung gearbeitet. Aus juristischer Sicht müsse diese geprüft werden. Sollte eine Verordnung wahrscheinlich werden, werde auch eine Anwohnerversammlung dazu einberufen werden. Es war an der betreffenden Stelle noch nie ruhig, jedoch sei mittlerweile eine neue Qualität erreicht worden.

Herr Dr. Demuth verlässt die Sitzung. Es sind nun 17 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Herr Thiele findet es gut, dass die Stadtverwaltung bereits begonnen hat, Maßnahmen anzukurbeln. Er nimmt die Einladung an und werde sich die Situation selbst anschauen.

Herr Göhler bestätigt, dass der Zustand inakzeptabel sei. Bei allen störenden Dingen handle es sich um Sachen, die strafbewehrt seien. Er fragt, wer diese Gesetze sonst durchsetzen solle und welche Prioritäten die Polizei habe.

Frau Brock gibt zu bedenken, dass die aktuelle Situation, unter dem Aspekt, dass kein Club und keine Disco geöffnet habe und selten Konzerte stattfinden, zu beleuchten sei. Unter diesen Voraussetzungen sei es nachvollziehbar, dass die Menschen sich verstärkt in solchen Arealen treffen und entsprechende Möglichkeiten nutzen. Eine mögliche Lösung sei, die Menschen zu dezentralisieren, also andere Plätze attraktiver zu gestalten. Doch solche Ergebnisse erhalte man, wenn man immer mehr Freiräume abbaue. Das führe zum Gefühl der Repression und dem Ausleben in der Eskalation, wie es an der Kreuzung Louisenstraße / Görlitzer Straße geschehe.

Herr Mehl und **Frau Brock** verlassen die Sitzung. Es sind noch 15 Stadtbezirksbeiräte anwesend.

Herr Schneider zweifelt an der Repression als Ursache für die Situation und sieht das Alkoholverbot nicht als das letzte Mittel an. Es handele sich um ein vielschichtiges Problem. Es kommen schließlich Besucher aus der ganzen Stadt in die Neustadt. Wenn die Polizeiverordnung entsprechend durchgesetzt werde, würde sich das rumsprechen. Ziel solle es sein eine Ansprache zu finden, zu zeigen was nicht in Ordnung sei, da die Neustadt ansonsten zu einem ausschließlichen Wochenend- und Partystadtteil verkommen könnte.

Herr Barth erwidert, dass das Problem in der Tat vielschichtig sei und eine Polizeiverordnung allein keine Lösung darstelle. Es benötige zusätzliche Maßnahmen für die es auch bereits Ideen gebe. Doch thematisch führe das an dieser Stelle etwas zu weit. Wichtig sei an der jetzigen Stelle auch für die Anwohner von Seiten der Lokalpolitik ein Zeichen zu setzen, dass das Problem erkannt und nach Lösungen gesucht werde.

Herr Abel führt aus, dass abends gegen 23 Uhr noch recht mediterrane Stimmung in der Neustadt herrsche, jedoch ab 1 Uhr nachts zu merken sei, wie die Stimmung langsam kippe. Natürlich spielen Wetter und Lage eine große Rolle. Es wäre zu analysieren, welche Menschen an dieser Stelle zusammenkämen, beispielsweise ob es eher Leute von außerhalb oder aus der Neustadt seien. Auch seien Eingriffe in den Straßenverkehr als Straftaten entsprechen zu ahnden. Vollzugsmaßnahmen bei Eskalationen müsse die Polizei oder das Ordnungsamt durchsetzen. Alkoholverbot werde das Problem nicht lösen.

Herr Joneleit plädiert darauf, vermehrt Augenmerk auf die in der Neustadt Wohnenden zu legen. Dass Besucher in die Neustadt kämen, um die Sau rauszulassen, sei keine neue Entwicklung. Jedoch sollte jeder, der die Neustadt als Szeneviertel genieße, ebenfalls darüber nachdenken, ob die Situation wirklich so gewollt sei.

Frau Gieland gibt zu bedenken, dass auch Streetworker zu Rate gezogen werden sollten. Sicher werde es keine deckungsgleiche Personengruppe geben. Dennoch bestehe die Möglichkeit dort junge Erwachsene anzutreffen, mit denen auch im Rahmen des Streetwork gearbeitet werde. Sie wünscht sich eine entsprechende Information in der Oktobersitzung.

Herr Barth antwortet, dass es verschiedene Arten von Streetworkern im Einsatz gebe, zum Beispiel über die Diakonie oder das Suchtzentrum Leipzig. Allerdings sei es nicht deren Aufgabe solche sozialen Probleme zu lösen, zumal sie auch nicht zu den gefährlichen Zeiten unterwegs seien. Ein Meinungsbild könne man erstellen. Jedoch solle man beachten, dass es auch Menschen mit multiplen Problemlagen gebe, die ebenfalls für Schwierigkeiten verantwortlich sein können. Auch das sei bereits sehr emotional diskutiert worden.

Frau Stradmeyer bietet an im Oktober die Perspektiven im Erwachsenen-Streetwork mit einzubringen.

Herr Barth richtet das Wort an die Anwohner und erklärt, dass die Lokalpolitik das Problem erkannt habe und Willens sei nach Lösungen, auch kurzfristiger Art, zu suchen. Die Gäste bedanken und verabschieden sich.

Herr Barth informiert drüber, dass dem Stadtbezirksbeirat im Vorfeld der Sitzung folgende Unterlagen zugegangen seien:

- Info über die Veranstaltung und Bewerbungsmöglichkeit zu „ehrensache.jetzt – nachtaktiv“ - der Freiwilligenagentur der Bürgerstiftung Dresden am 16.09.2020
- aktueller Stand der Haushaltsmittel des Stadtbezirksbeirates Neustadt

Des Weiteren sei der Stadtbezirksbeirat Neustadt per E-Mail über die Veröffentlichung folgender Beschlusskontrollen informiert worden:

- Beschlusskontrolle zu V-Neu0043/20 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: "Einbau von mobilen Pflanzkübeln im Bereich Hechtstraße/Erlenstraße" (Umlaufverfahren)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00011/19 Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt

hier: "Maßnahmen zur verstärkten Öffentlichkeitsarbeit im Stadtbezirk Neustadt" (Sitzung SBR-Neu/03/19 am 02.12.2019)

- Beschlusskontrolle zu V-Neu00029/20 Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: "Bereitstellung von finanziellen Mitteln zur Gestaltung der Außenmauer Innerer Neustädter Friedhof" (Sitzung SBR-Neu/11/2020 am 06.07.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00019/20 Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt hier: "Anschaffung und Aufstellen einer Tischtennisplatte am Bischofsplatz" (Sitzung SBR-Neu/005/2020 am 03.02.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00028/20 Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: „Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Stadtteilbibliothek Neustadt“ (Sitzung SBR-Neu/11/2020 am 06.07.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00036/20 Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: „Verschattung Spielplatz Friedensstraße – Sonnensegel“ (Sitzung SBR-Neu/11/2020 am 06.07.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00027/20 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: „Kulturelle Bespielung Scheune Vorplatz 2020“ (Sitzung SBR-Neu/11/2020 am 06.07.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00035/20 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: „Online-Konzerte – Blaue Fabrik“ (Sitzung SBR-Neu/11/2020 am 06.07.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00038/20 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: „Aussitzen deluxe“ (Sitzung SBR-Neu/11/2020 am 06.07.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00039/20 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: „Ehrung Architekt Mehlhorn (Phase 2)“ (Sitzung SBR-Neu/11/2020 am 06.07.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00041/20 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier „Heinrich Schütz – Musikalische Exequien“ (Sitzung SBR-Neu/11/2020 am 06.07.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00042/20 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier „Unterstützung Kontaktladen“ (Sitzung SBR-Neu/11/2020 am 06.07.2020)
- Beschlusskontrolle zu V-Neu00010/29 Finanzierung von Maßnahmen gemäß Aufgabenabgrenzungsrichtlinie durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: Schülerinnen- und

Schülerbeteiligung durch die Kinder- und Jugendbeauftragte (Sitzung SBR/03/19 am 02.12.2019)

- Beschlusskontrolle zu V-Neu00034/20 Förderung von Projekten durch den Stadtbezirksbeirat Neustadt, hier: „JAZZ-Onlinekonzerte“ (Umlaufverfahren)

Das Stadtbezirksamt Neustadt habe zudem die Stadtbezirksbeiräte per E-Mail über folgende Sachverhalte informiert:

- Gewässerumbauprojekt Prießnitz – aktualisierte Zeitschiene mit einer Verschiebung um etwa zwei Jahre
- Antwort zum "Vorschlagsrecht zur Bestandsaufnahme von kommerziellen Ferienwohnungen in Wohnhäusern" VorR-Neu00004/20
- Detaillierte Kostenaufstellung zum Bauvorhaben am Spielplatz Friedensstraße
- Pressemitteilung zur 151. Oberschule, welche in die Hechtschule umziehen werde
- Walking People – Broschüre, Pressemitteilung und die Einladung zur Vorortbegehung am Mittwoch um 16 Uhr am Jägerpark
- Übersicht der Veranstaltungen auf dem Scheune-Vorplatz im September

Herr Barth lädt die Stadtbezirksbeiräte, auch im Namen von Frau Mantu, im Rahmen der Mobilitätswoche zu einem Stadtteilrundgang „Wie barrierefrei ist die Dresdner Neustadt?“ am 15.09.2020 von 18 Uhr bis 20 Uhr im Rahmen der Mobilitätswoche ein. Dieser Rundgang finde in Zusammenarbeit mit Neustadt(T)raum, Lokale Agenda Dresden und dem Landesverband Selbsthilfe Körperbehinderter Sachsen e. V. statt.

Er informiert über die Änderung des Sächsischen Straßengesetzes, wodurch man nicht gewidmete Wege- und Straßenverbindungen bis zum 31.12.2020 bezüglich der Aufnahme in das Straßenverzeichnis zusammentragen könne. Diese würden darauf geprüft werden, ob sie der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen und eine entsprechende Widmung und Benennung erfahren können.

Die Ausschreibung der Betreuung der St. Pauli Ruine werde nun durchgeführt. Frau Mantu habe sich als Jurymitglied gemeldet.

Er lädt die Stadtbezirksbeiräte zur Haushaltsklausur am 15.12.2020 um 17:30 Uhr ins Stadtbezirksamt ein um Ideen und Projekte für das Haushaltsjahr 2021 zu besprechen. Die Anträge und Projekte, welche für dieses Jahr noch in Bearbeitung seien, können dazu führen, dass der Einsatz der verbleibenden Mittel des Stadtbezirksbeirates in der Oktobersitzung beschlossen werden könne.

Einige Dienstaussweise für die Stadtbezirksbeiräte seien mittlerweile erstellt worden. Frau Bendorf werde auf die Betreffenden zukommen.

Jeder Fraktion sei ein Brief der Anwohnerin Frau Ferentzi ausgeteilt worden.

Frau Gieland bittet um eine Möglichkeit der Umgestaltung der Pflanzkübel im Hechtviertel. **Frau Wacker** erklärt, dass sie bereits umgestaltet worden seien.

Des Weiteren bittet **Frau Gieland** um die Beseitigung des mittlerweile sehr hoch gewachsenen Wildwuchses am Dammweg. Gleiches sei ihr auf der Eisenbahnstraße aufgefallen, wo die Begrünung so weit in den Fußweg hineinragen, dass die Fußgänger gezwungen seien auf den als Fahrradweg gekennzeichneten roten Gehwegstreifen auszuweichen. **Herr Barth** bittet um eine Schilderung des Sachverhaltes per E-Mail.

Herr Ritschel merkt an, dass das Rosa-Luxemburg-Denkmal voller Graffiti sei und bittet um Beseitigung. **Herr Barth** bittet diesbezüglich um eine E-Mail.

Herr Abel habe eine Anfrage zur Kreuzung Lößnitzstraße /Dammweg /Dr.-Friedrich-Wolf-Straße bekommen. Da die neue Grundschule nun eröffnet worden sei und einige Eltern ihre Kinder auf dieser Strecke zur Schule bringen. Er erklärt, dass diese Kreuzung gefährlich sei und fragt, ob Maßnahmen dagegen geplant seien. Ebenfalls biete der Weg zur Bushaltestelle über die Hechtstraße keine Sicherheit, sodass auch dort Maßnahmen ergriffen werden müssten. **Herr Barth** antwortet, dass er die Anfrage bereits weitergeleitet habe.

Herr Barth schließt die Sitzung.

André Barth
Vorsitzender

Oxana Benkendorf
Schriftführerin

Klemens Schneider
SBR-Mitglied

Felix Göhler
SBR-Mitglied